

13.08.2013



Senatskanzlei

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.1)

Herr Senator Neumann trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2013/1897, betreffend

Bundratsinitiative zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes, der  
Fahrzeugzulassungs-Verordnung und der Straßenverkehrs-Ordnung  
zur Förderung der Elektromobilität beim Parken an Ladestellen und  
an Parkscheinautomaten,

vor, teilt mit dass die Senatsdrucksache noch einer redaktionellen Überarbeitung bedarf  
und bittet, im Vorblatt der Senatsdrucksache die Abschnitte C. und D. wie folgt neu zu  
fassen:

**„C. Auswirkungen auf den Haushalt:**

In Abhängigkeit davon, ob auf Grundlage der neu geschaffenen gesetzlichen Ermächti-  
gung durch die Länder und Kommunen entsprechende Regelungen getroffen werden,  
entstehen Kosten in bestimmten, derzeit jedoch im Einzelnen nicht bezifferbaren Um-  
fang, Ausgaben mit Vollzugsaufwand. Des Weiteren ist zu erwarten, dass in den kom-  
munalen Haushalten derzeit noch nicht bezifferbare Mindereinnahmen durch den Park-  
gebührenverzicht zu verzeichnen sein werden, deren Höhe sich nach dem zeitlichen  
und regionalen Umfang der für die örtliche Parkraumbewirtschaftung auf Grundlage der  
in Artikel 1 Nr. 1 und 2 enthaltenen Ermächtigungen sowie nach der Anzahl der zum  
Straßenverkehr zugelassenen Elektrofahrzeuge bemisst. Für die Anpassung des Zent-  
ralen Fahrzeugregisters (ZFZR) und des Mitteilungsverfahrens der Daten zum ZFZR  
sowie der Auskunftsverfahren setzt das KBA etwa 200 Stunden Zeitaufwand bei Mitar-  
beiterinnen und Mitarbeitern im gehobenen Dienst an. Bei durchschnittlichen Lohnsät-  
zen von 35,70 Euro für den gehobenen Dienst des Bundes bedeutet dies Personalkos-

ten in Höhe von ca. 7.000 Euro. Entsprechender Aufwand tritt auch bei den Zulassungsbehörden der Länder bzw. deren Verfahrensentwickler auf. Zudem ergeben sich Informationspflichten gegenüber Bürgern sowie innerhalb der Verwaltung, die mit einem derzeit nicht bezifferbaren, jedoch insgesamt eher geringfügigen Aufwand verbunden sein werden. Unter Umständen ist die Durchführung von Schulungsmaßnahmen der Mitarbeiter der Zulassungsbehörden zusätzlich erforderlich.

**D. Auswirkungen auf die Vermögenslage:**

Die noch nicht bezifferbaren Aufwendungen für die Umstellung mindern über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der Freien und Hansestadt Hamburg. Etwaige Mindereinnahmen wirken sich negativ auf das Eigenkapital aus.“

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die Einbringung des als Anlage zur Senatsdrucksache vorgelegten Antrags zum „Entwurf eines ...Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes“ sowie den Verordnungsantrag zum „Entwurf einer .. Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und der Straßenverkehrs-Ordnung“ mit der Maßgabe, dass die Behörde für Inneres und Sport ermächtigt wird, die Senatsdrucksache und die Anträge redaktionell zu überarbeiten.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

  
Annette Hitpaß

Berichterstattung:  
Senator Neumann  
Staatsrat Schiek

TOP I.1

Geschäftsstelle des Senats  
Eing.: 02. AUG. 2013  
Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2013/01897  
vom: 29.07.2013

**Betr.: Bundesratsinitiative zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes, der Fahrzeugzulassungs-Verordnung und der Straßenverkehrs-Ordnung zur Förderung der Elektromobilität beim Parken an Ladestellen und an Parkscheinautomaten**

**A. Zielsetzung**

Umsetzung der Ankündigung des Senats (Drs. 20/7125, Seite 6), eine Bundesrats-Initiative zur Schaffung einer rechtssicheren Ermächtigungsgrundlage für das kostenlose oder kostenreduzierte Parken von Elektrokraftfahrzeugen im Straßenverkehrsgesetz zu schaffen.

**B. Lösung**

Einbringen eines Gesetzesentwurfs in den Bundesrat zur Schaffung der notwendigen gesetzlichen Ermächtigung im Straßenverkehrsgesetz und eines Verordnungsentwurfs zur Regelung der Kennzeichnung von Elektrofahrzeugen.

**C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Keine.

**D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Keine.

**E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine.

**F. Auswirkungen auf**

- |                                     |                 |
|-------------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/>            | Familienpolitik |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Klimaschutz     |

<input type="checkbox"/>	Bürokratieabbau
<input type="checkbox"/>	Inklusion
<input type="checkbox"/>	Gleichstellung

Die Bundesratsinitiative dient der Förderung der Elektromobilität. Durch eine Bevorrechtigung von Elektrofahrzeugen beim Parken an Ladestellen im öffentlichen Raum und durch einen Gebührenerlass beim Parken an Parkscheinautomaten können Anreize zur verstärkten Nutzung solcher Kraftfahrzeuge mit keinem oder einem sehr geringen CO<sub>2</sub>-Ausstoß geschaffen werden.

#### **G. Alternativen**

Im Sinne der Zielsetzung keine.

#### **H. Anlage**

Zwei Anträge